Frauenprotest gegen „Mufti-Gesetz“ in der Türkei

5. Oktober 2017

Istanbul (KNA) Mehrere Feministinnen haben vor dem Parlament der Türkei gegen das sogenannte Mufti-Gesetz demonstriert.

Laut türkischen Medienberichten (Mittwoch) handelte es sich vor allem um Frauenrechtsgruppen und Juristinnen aus den Oppositionsparteien CHP und HDP. Die Polizei versuchte den Angaben zufolge, die Kundgebung zu behindern. „Wir werden dieses Gesetz nie akzeptieren“, sagte die unabhängige Abgeordnete Aylin Nazliaka der Tageszeitung „BirGün“. Der Entwurf schaffe eine gesetzliche Basis für Missbrauch und Kinderehen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass künftig auch islamische Rechtsgelehrte, Muftis, vor dem Gesetz gültige Ehen schließen dürfen.

In der noch immer säkular geprägten Republik galt dies bisher als undenkbar. Seit 1926 konnten Paare, die ausschließlich religiös heirateten, mit dem Gefängnis bestraft werden. Feministinnen fürchten nun, dass die geplante Reform auch den Weg zu der in anderen islamischen Ländern praktizierten Vielehe ebnen könnte. Sie halten das „Mufti-Gesetz“ für einen weiteren Mosaikstein in der fortschreitenden Islamisierung der türkischen Gesellschaft. Der Entwurf war erstmalig am 25. Juli von der Regierungspartei AKP eingebracht worden. Ob er wirklich verabschiedet wird, ist unklar. Schätzungen zufolge werden in der Türkei 15 Prozent aller Mädchen vor ihrer Volljährigkeit verheiratet.

(KNA – rlkko-89-00076)

Stand: 13. November 2026